

Israel: Start-ups, Siedler und „smarte Pazifisten“

von Kristina Milz

Serie:
Länder des
Nahen Ostens
im Porträt



Karte: Peter Palm

Israels Metropole Tel Aviv gilt als Vorposten des Westens im Nahen Osten – die „Start-up Nation“ zeigt hier ihr innovatives Gesicht, die Club-Szene gilt als legendär, das Sprachen-Wirrwarr auf den Straßen zeugt von Immigration und touristischem Erfolg. In der Stadt am Mittelmeer werden die Spannungen im Land und an seinen Grenzen oftmals verdrängt. Dabei ist Israel auch Sderot, direkt am Hamas-regierten Gaza-Streifen. Es ist der Schweinefleisch produzierende Kibbuz im Norden, es ist Haifa, wo die Glaubensgemeinschaft der Baha'i ihr religiöses Zentrum hat, es ist die jüdische Siedlung Ariel im Westjordanland, deren Bewohner israelische Staatsbürger sind. Und natürlich ist es Jerusalem, die Heilige Stadt, in der seit nunmehr zwei Jahren die sogenannte „Messer-Intifada“ ihre Opfer findet.

In dieser Reihe der Länderporträts der Staaten im Nahen Osten sind bereits einige Texte erschienen: über Ägypten, über Katar, über Tunesien, die Türkei, Iran, Syrien und Palästina. Ein Text über Israel nimmt darin zwangsläufig eine Sonderstellung ein: Im deutschen Kontext über den jüdischen Staat zu schreiben, ist – ob man dies nun gutheißt oder nicht –, etwas anderes als in jedem anderen Land der Welt. Die gemeinsame Geschichte – so eindeutig wie selten eine klare Täter-Opfer-Geschichte –, der Holocaust oder die *Shoah*, wie der Völkermord in Israel genannt wird, sorgt für eine besondere Sensibilität im Umgang mit dem Land. Kritik an der israelischen Politik vernachlässigt jedoch oftmals nicht nur diesen Kontext, sondern vergisst zuweilen auch, dass das Land seit seiner Gründung mit Existenzängsten zu kämpfen hat: Viele politische und gesellschaftliche Strukturen lassen sich nur vor dem Hintergrund verstehen, dass Israel von feindlich gesinnten Staaten und Bevölkerungen umgeben war und es in großen Teilen noch immer ist. Der jüdische Staat sieht sich dabei mit Kräften konfrontiert, die ihn am liebsten von der Landkarte getilgt sähen und dies zum Teil offen kommunizieren.

Und doch formulierte die deutsch-jüdische Autorin Mirna Funk im Sommer 2017 etwas genauso Schlichtes wie Wichtiges, als sie schrieb: „In Israel gibt es Entrechtung und Rechte, Rassismus und Toleranz, Egoismus und Altruismus wie in jedem anderen Land der Welt auch. Die einzige Form, angemessen auf Israel zu reagieren, ist, genau das zu sehen und nicht entweder zu behaupten, also die Juden müssten es ja besser wissen, weil Holocaust,

oder die armen Juden und diese aggressiven Araber.“¹ Deshalb erzählt dieser Text von ganz verschiedenen Menschen aus der Mitte der israelischen Gesellschaft. Dabei sind ihm Grenzen gesetzt: Ein Magazin hat nicht die Kapazitäten einer wissenschaftlichen Monographie. Die Auswahl der Gesprächspartner kann daher nicht repräsentativ sein, doch sie versucht ein breites Bild zu zeichnen.

1, 2 oder 3? Die Frage nach der Staatlichkeit

Jerusalem im Mai 2017: In einem der zahlreichen Besprechungsräume der Knesset, des israelischen Parlaments, findet ein Gespräch, nun, eigentlich ein Monolog, statt. Die Informationen, die hier geteilt werden, dürfen nicht namentlich zitiert werden. Der Gesprächspartner, der sich zum Boten der Hoffnungslosigkeit aufschwingt, gehört dem konservativen Parteienbündnis *Likud* („Zusammenschluss“) an, der derzeit größten Regierungsfraktion Israels, die mit Benjamin Netanyahu auch den Ministerpräsidenten stellt. Der Abgeordnete nennt die Knesset den „heiligsten Platz für säkulare Israelis“. Er selbst ist nicht religiös, was ihn nicht daran hindert, am Revers seines fein geschnittenen Anzugs einen Button zu tragen, der das Westjordanland zeigt – allerdings nicht als Gebiet eines zukünftigen palästinensischen Staates, sondern als Judäa und Samaria, Begriffe, die den jüdischen Anspruch auf das Territorium im Subtext führen. Die biblischen Orte sind längst zu Kampfbegriffen in der Auseinandersetzung mit den Palästinensern geworden.

.....
 1 Mirna Funk: Antisemitismus? Gibt es nicht, in: Zeit Online, 14.06.2017, <http://www.zeit.de/freitext/2017/06/14/antisemitismus-dokumentation-funk/> [Stand: 20.09.2017].



Die Knesset – das israelische Parlament – hat ihren Sitz in Jerusalem.
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Kristina Milz

Der Likud regiert in einer Koalition rechtskonservativer Parteien; auch die Hardliner-Partei des ehemaligen Außen- und aktuellen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman, *Jisra'el Beitenu* („Unser Haus Israel“), und die Nationalreligiösen des *HaBajit haJehudi* („Jüdisches Heim“), deren Vorsitzender Naftali Bennett heute Bildungsminister ist, sind daran beteiligt. Ist es Rücksicht auf die Positionen der Koalitionspartner, die den Likud-Mann leitet?

Über die arabischen Nachbarn sagt der Abgeordnete Sätze wie „Der Hass fundiert auf dem Islam“, zitiert jüdenfeindliche *Hadithe*² und zweifelt sowohl an der Kooperationsbereitschaft der Palästinenser als auch an ihrer Fähigkeit, sich zu verändern. Einen Weg, die jüdischen Siedlungen im Westjordanland zu räumen, sieht er nicht. Derzeit leben dort etwa 400.000 Siedler, verstreut über das

2 Das ist der Begriff für die Beschreibung der Aussprüche und Handlungen des Religionsgründers Mohammad und solche von Anhängern, deren Verhalten er billigte.

gesamte Gebiet, das nach internationalem Recht zwar nicht als palästinensischer Staat anerkannt ist, sehr wohl aber als palästinensisches Territorium angesehen wird.³ Die Siedler und die Araber müssten irgendwie „miteinander auskommen“, findet der Abgeordnete. Er ist fast zum Ende gekommen, da schiebt er hinterher: Eine Zweistaatenlösung sei unrealistisch, er denke an eine langfristige Friedensstrategie. Wie eine solche konkret aussehen könnte, sagt er nicht. Seine Kinder jedenfalls würden dies wohl nicht mehr erleben. Dreihundert Jahre, vielleicht vierhundert.

3 In Ostjerusalem, das ebenfalls als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates gilt, leben nach den jüngsten Angaben der CIA zusätzliche 201.000 jüdischen Siedler. Vgl. Das World Factbook: West Bank, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/we.html> [Stand: 20.09.2017]. Die Staatlichkeit Palästinas ist hoch umstritten – Israel und seine Verbündeten wehren sich gegen diese Vorstellung. Viele andere Länder erkennen den palästinensischen Staat mittlerweile an. Vgl. Kristina Milz: Im Osten nichts Neues?, in: *Einsichten und Perspektiven* 4 (2016), S. 4–23, hier S. 7.

„The Situation“

Dass es diese Stimmen in Israel gibt, ist nichts Neues oder gar Bemerkenswertes. Bemerkenswert ist vielmehr, dass diese Aussagen von einem Politiker stammen, dessen Partei noch als gemäßigt unter den Regierenden gilt. Das Treffen mit dem Parlamentarier illustriert einen Wandel, der sich in den vergangenen Jahren nicht nur in der israelischen Politik, sondern in der gesamten Gesellschaft vollzog: Wer in Gesprächen über „the Situation“ – so wird der Konflikt zwischen Arabern und Israelis und alles, was er mit sich bringt, oftmals genannt – nach wie vor die Zweistaatenlösung erwähnt, wird längst nicht mehr nur von Befürwortern des Siedlungsbaus belächelt.

Die Fronten sind verhärtet. Besonders ein Ereignis spaltete jüngst die israelische Gesellschaft: Der israelische Soldat Elor Azaria wurde Anfang Januar 2017 vom Tel Aviver Militärgericht wegen Totschlags verurteilt. Darauf stehen bis zu zwanzig Jahre Haft. Einige Hundert Israelis demonstrierten im Anschluss für die Freilassung Azarias. Das Video der Tat aus dem März 2016, das ein Palästinenser in Hebron filmte und schließlich von der israelischen Menschenrechtsorganisation *B'Tselem* („Ebenbild“) veröffentlicht wurde, schlug nicht nur im Nahen Osten hohe Wellen – es ging um die ganze Welt: Zwei junge Palästinenser waren in Hebron, einer Stadt im Westjordanland, in der viele jüdische Siedler leben,⁴ mit Messern auf einen israelischen Soldaten losgegangen und hatten ihn verwundet. Sie wurden von dessen Kameraden angeschossen und kampfunfähig gemacht – der verletzte Soldat überlebte den Angriff und wurde umgehend medizinisch versorgt. Das Video, das Palästinensern als Beweis der Brutalität der Besatzungsmacht gilt, beginnt elf Minuten nach der Attacke, als einer der beiden Angreifer verletzt und reglos am Boden liegt. Der junge Soldat Azaria, als Militärсанitäter vor Ort, geht auf den Palästinenser zu und schießt ihm aus nächster Nähe in den Kopf.

Während auch viele jüdische Israelis dies als menschenrechtswidrige Hinrichtung verurteilten und Azaria als Mörder bezeichnen, wurde er von mehreren nationalen Medien zum „*Man of the Year*“ gewählt⁵ – für sie ist er ein Volksheld. Eine Umfrage des Israelischen Demokratiethe-Instituts unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorfalls

im März 2016 stellte eine Mehrheit der jüdischen Israelis auf der Seite Azarias fest: 53 Prozent waren der Meinung, dass ein bereits unschädlich gemachter Terrorist erschossen werden sollte, auch wenn seine Tat bereits geschehen ist; in der Gruppe der jungen Erwachsenen unterstützten dies sogar 70 Prozent.⁶ Die Jahrzehnte währende Auseinandersetzung mit dem palästinensischen Terrorismus – die Raketen der Hamas, Bomben in Bussen des öffentlichen Nahverkehrs und Restaurants, Messerattacken auf israelische Bürgerinnen und Bürger – hat die Gesellschaft verhärtet und begünstigt Forderungen nach einem radikalen Umgang mit den Attentätern.

Der Prozess gegen den Soldaten wurde zum Politikum par excellence: Verteidigungsminister Lieberman war vor Gericht persönlich anwesend, Ministerpräsident Netanyahu sprach sich nach dem Schuldspruch vom Januar für eine Begnadigung Azarias aus. Im Februar wurde schließlich das Strafmaß festgelegt: eineinhalb Jahre Gefängnis. Die Debatte über ethisches Verhalten im Militär ist damit freilich nicht beendet. Offene Kritik an den Streitkräften jedoch ist in Israel vielen ein Tabu. Große Teile der Gesellschaft sprechen sich sogar dafür aus, dass Soldatinnen und Soldaten Immunität genießen sollten. Die Armee spielt in Israel eine wichtigere Rolle als in vielen anderen demokratischen Systemen: Mit einem breiten Kulturangebot wirkt sie auf das Bildungssystem ein, Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten sozialen Milieus treffen hier aufeinander, sie fungiert als der vielleicht bedeutendste Treffpunkt der Hi-Tech-Szene. Etliche Start-ups werden in den Kasernen gegründet, so etwa das erfolgreiche Softwareunternehmen *Check Point* oder *Wix*, eine beliebte Plattform, die es ihren Nutzern erlaubt, kostenlos und unkompliziert eine eigene Homepage zu kreieren.

Ein weiterer Nebeneffekt des Militärs ist emanzipativ, von vielen wird die Armee sogar als Plattform des Feminismus wahrgenommen: Die meisten Frauen, fast alle säkularen, leisten Wehrdienst. Mittlerweile dürfen sie neunzig Prozent der existierenden Posten bekleiden, die meisten erledigen aber nach wie vor Bürojobs.⁷ Im Gegensatz zu den Männern, für die eine zweieinhalbjährige Wehrpflicht

.....

4 Vgl. zur Situation in Hebron auch das Länderporträt Palästinas der Autorin im vorletzten Heft: Milz (wie Anm. 3), S. 17.

5 So etwa von der rechtskonservativen Zeitung *Makor Rishon*, vgl. Rightwing Paper Crowns Shooting Medic Azaria "Man of the Year", 30.09.2016, <http://www.jewishpress.com/news/breaking-news/rightwing-paper-crowns-shooting-medic-azaria-man-of-the-year/2016/09/30/> [Stand: 20.09.2017].

6 Vgl. den Bericht von Yohanan Plesner: After the Elor Azaria Trial: Will Our Politicians Actually Fight for Israel's Moral Values?, 09.01.2017, <https://en.idi.org.il/articles/12271> [Stand: 20.09.2017].

7 Der erfolgreichste israelische Spielfilm des Jahres 2014, „Zero Motivation“ von Talya Lavie, karikierte dies: Die Protagonistinnen langweilen sich beim Kaffeekochen, Computerspielen und Aktenschreddern. Fast 600.000 Israelis sollen ihn gesehen haben. Vgl. Ayala Goldmann: Null Bock auf Zahal, 24.11.2016, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27049> [Stand: 20.09.2017].

besteht, dienen die israelischen Frauen meist zwei Jahre. Das gilt auch zunehmend für religiöse Israelinnen: 2.000 orthodoxe Frauen pro Jahr treten mittlerweile den Dienst an⁸ – in dieser Größenordnung ein in Israel lange unbekanntes Phänomen. Die Angabe zur religiösen Einstellung bei der Musterung ist kaum überprüfbar; doch der Verweis auf den Glauben ermöglicht eine Befreiung vom Militärdienst, von dem gläubige Jüdinnen auch oftmals Gebrauch machen. Die jüngste Entwicklung, die mehr orthodoxe Jüdinnen in die Armee führt, schreckt deshalb nicht zuletzt etliche Rabbiner auf, welche wehrdienstleistende Frauen selten gutheißen.

Die Befreiung aus religiösen Gründen gilt aber auch für Männer. Manche Israelis lügen bei der Gretchenfrage aus ästhetischen Gründen: Um während des Militärdienstes einen Bart tragen zu dürfen, müssen die Männer unterschreiben, dass sie religiös sind. Die Regelung führte in jüngster Zeit sogar zu viralen Protesten von Soldaten über Facebook und Twitter: Unter dem Schlagwort „free will“ kämpfen sie sozusagen für ihr Recht auf einen Hipster-Bart.

„Für uns macht hier niemand Politik“

Diese und andere Anekdoten werfen ein Schlaglicht auf ein Problem: Die Zusammensetzung des israelischen Militärs, das die Gesellschaft Israels so umfassend prägt, ist kein repräsentatives Abbild der Bevölkerungsgruppen, die im Staat leben. Israelische Araber, die immerhin ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen, sowie ultraorthodoxe Juden sind de facto von der Wehrpflicht befreit. Sie dürfen den Dienst antreten, müssen es aber nicht – was zur Folge hat, dass die allerwenigsten von ihnen zur Armee gehen. Dadurch gewinnen sie mehrere Jahre, die sie in ihre Ausbildung investieren können, monieren säkulare Israelis, die sich übervorteilt fühlen und für eine umfassendere Wehrpflicht aussprechen. Damit einher geht andererseits aber auch eine soziale Benachteiligung der Gruppen, die keinen Militärdienst leisten, denn die dort geknüpften Kontakte entscheiden nicht selten über Karrierewege. Die wirtschaftliche und kulturelle Elite des Landes rekrutiert sich in erster Linie aus der Gruppe der säkularen Israelis.

Paradoxerweise wird für die Säkularen, die auch den breiten Mittelstand bilden, kaum Politik gemacht: „Wir haben es so satt“, meinte dazu bereits vor Jahren ein Touristenführer in Jerusalem zur Autorin dieses Textes. Der

8 Vgl. Susanne Knaut: Frauen, heilig und keusch, 08.03.2017, <http://www.taz.de/!5387618/> [Stand: 20.09.2017].

Familienvater, ein Akademiker Ende 30, schimpft: „Die Parteien richten sich einzig und allein an den beiden Polen Sicherheit und Religion aus. Für uns, die säkulare Mittelschicht, macht hier niemand Politik. Dabei sind wir es, die den Staat am Laufen halten: Wir sorgen für seine Sicherheit, indem wir Militärdienst leisten; mit unseren Steuern finanzieren wir die Sozialsysteme, mit unserer Arbeitskraft stützen wir die Wirtschaft. Und wofür? Die Lebenshaltungskosten explodieren und niemand setzt sich mit unseren Problemen auseinander.“

Wenige Wochen nach dem Gespräch – es ist Sommer 2011 und im Nahen Osten regiert noch hoffnungsfroh der Arabische Frühling – ergriffen soziale Proteste den jüdischen Staat. Während die Menschen in Kairo, Tunis, Damaskus sich gegen ihre repressiven Regime wehrten, gingen Israelis auf die Straße, weil sie sich nicht mehr imstande sahen, ihre Mieten zu bezahlen. Sie forderten politische Maßnahmen. Die Situation hat sich seither kaum verbessert: Wer heute in Tel Aviv eine Wohnung sucht, sollte eine ordentliche Portion Geduld und das nötige Kleingeld mitbringen.

Die Unzufriedenheit der Mittelschicht – der Touristenführer hat es formuliert –, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass auf religiöse Befindlichkeiten oftmals mehr Rücksicht genommen wird als auf die Bürgerinnen und Bürger, die das Funktionieren der israelischen Demokratie gewährleisten. Um dies zu verstehen, muss die komplexe Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft in den Blick genommen werden – und wie sie sich entwickelte.

Das Heilige Land

Israel ist in religiöser Hinsicht vielfältig:⁹ Etwa acht Millionen Menschen leben innerhalb der Staatsgrenzen, drei Viertel von ihnen sind Juden, mehr oder weniger religiös, ein gutes Fünftel Araber, die mehrheitlich der sunnitisch-muslimischen Religion angehören.¹⁰ Israelische Christen, die meisten arabischer Herkunft, machen etwa zwei Prozent der Bevölkerung aus; die Drusen – eine religiöse Gemeinschaft, die sich im 11. Jahrhundert von der muslimischen Schia abgespalten hat – ergeben eine Minderheit von derzeit 1,6 Prozent und leben in wenigen Siedlungsgebieten konzentriert. Etwa neunzig Prozent der Drusen,

9 Zu den folgenden Abschnitten vgl. Angelika Timm: Gesellschaftsstrukturen und Entwicklungstrends, in: Dossier Israel, 10.06.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45093/gesellschaft> [Stand: 20.09.2017].

10 Zu den aktuellsten Zahlen vgl. hier und im Folgenden das CIA World Factbook: Israel, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html> [Stand: 20.09.2017].

Länderdaten Israel

Fläche	20.770 km ² *
Bevölkerung	8.174.527 (Juli 2016, inklusive Golanhöhen und Ostjerusalem)*
Bevölkerungswachstum	1,53%*
Ethnische Gruppen	74,8% Juden, 20,8% Araber und 4,3% andere (Dezember 2016)**
Religionszugehörigkeit	74,9% Juden, 17,52% Muslime, 1,9% Christen, 1,63% Drusen, 3,98% andere**
Sprachen	Hebräisch, Arabisch
Durchschnittsalter	29,7 Jahre (2016)*
Bevölkerung unter 15 Jahren	27,73% (2016)*
Bevölkerung über 65 Jahren	11,09% (2016)*
Lebenserwartung bei der Geburt	82,4 Jahre (2016)*
Geburten pro Frau	2,66 (2016)*
Alphabetisierungsrate	97,8% (2011)*
Wachstum BIP	4% (2016)***
BIP pro Kopf	37.211 USD (2016)**
Arbeitslosigkeit	5% (2016)*
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	10,6% (2014)*
Inflation	-0,55% (2016)****
Anteil der Militärausgaben am BIP	5,38% (2016)*
Human Development Index	0,89 (2014)*****
Rating Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen)	Platz 101 (2016)*****



* CIA World Factbook <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html>

** Auswärtiges Amt <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Israel.html?nnm=383178>

*** Statistisches Bundesamt <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14566/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-israel/>

**** Statistisches Bundesamt <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/257251/umfrage/inflationsrate-in-israel/>

***** Vereinte Nationen <http://hdr.undp.org/en/data-explorer>

***** Reporter ohne Grenzen <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016/ueberblick/>

die auf den von Israel seit 1967 annektierten Golanhöhen leben, haben die israelische Staatsbürgerschaft, die ihnen angeboten wurde, bis heute nicht angenommen – im Zuge des anhaltenden Kriegs in Syrien scheint das Interesse allerdings zu steigen.

Darüber hinaus leben in Israel Angehörige der *Bahá'í*, die sich nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern auch als eigene Bevölkerungsgruppe definieren. Ihr reli-

giöses Zentrum haben die Bahá'í im jüdischen Staat¹¹ – die riesige Gartenanlage in Haifa mit dem Tempel, eine wohlgeordnete Oase der Ruhe in der sonst so lebendigen Stadt, steht Besuchern aller Religionen offen. Der Rest der israelischen Bürger hat offiziell keine Religionszugehörig-

11 Da sie sich in der legitimen Nachfolge der drei monotheistischen Weltreligionen sehen, werden sie in vielen islamisch geprägten Ländern diskriminiert oder verfolgt.

keit – es handelt sich dabei insbesondere um Neueinwanderer, die vom Oberrabbinat nicht als Juden anerkannt wurden.¹² Seit der Jahrtausendwende leben in Israel außerdem einige tausend asiatische Gastarbeiter sowie Asylbewerber, die insbesondere vom afrikanischen Kontinent stammen; sie machen die religiöse Vielfalt des Landes noch ein wenig bunter.



Der Bahai Tempel, Berg Karmel, Aufnahme aus dem Jahr 2018
Foto: ullstein bild/Daniel Roland

12 Die Definition des Jüdisch-Seins in Israel ist seit 1970 orthodox-religiös bestimmt: „Jude ist, dessen Mutter jüdisch ist, der nicht einer anderen Religion angehört oder der zum Judentum übergetreten ist.“ Vgl. Benjamin Neuberger: Die Bedeutung der Religion im Staat Israel, in: Dossier Israel, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45108/staat-und-religion> [Stand: 20.09.2017].

Die jüdische Bevölkerung unterscheidet sich hinsichtlich ihrer Herkunft – damit einhergehend werden auch unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen und Identitäten gepflegt. Neben den *Aschkenasim*, die ursprünglich vor allem aus Mittel- und Osteuropa stammen, der Judenverfolgung in Europa frühzeitig entflohen oder den Holocaust überlebten und die Gründergeneration des Staates bildeten, leben in Israel auch orientalische Juden. Sie werden als *Mizrachim* bezeichnet, wenn ihre Wurzeln im Nahen Osten liegen, oder als *Sephardim*, wenn ihre Vorfahren ursprünglich auf der Iberischen Halbinsel lebten, von wo sie zu Ende des 15. Jahrhunderts fliehen mussten.¹³ Die meisten orientalischen Juden wanderten 1948, unmittelbar nach der Staatsgründung, aus islamisch geprägten Ländern nach Israel ein. Für viele begann ihr neues Leben mit einem veritablen Kulturschock: Die europäische Prägung des jungen Staates ließ eine relativ säkular geprägte Gesellschaft entstehen, die den meisten orientalischen Juden mitnichten als erstrebenswert galt.



Das Einwandererschiff „Exodus“ läuft in den Hafen von Haifa ein, Juli 1947.
Foto: ullstein bild/Reuters

Seit den 1970er Jahren wurde zudem eine andere Gruppe immer größer: Migranten aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten bilden mittlerweile ein Fünftel der jüdischen Staatsbürger. Die ersten Einwanderungs-

13 Zu Ende der *Reconquista* („Rückeroberung“), wie das Zurückdrängen des muslimischen Machtbereichs auf der Iberischen Halbinsel im Mittelalter genannt wird, kam es zu christlichen Hetzpredigten gegen die dort ansässigen Juden und Pogromen. 1492 wurde in den katholischen Königreichen Kastilien und Aragon das sogenannte „Alhambra-Edikt“ erlassen, das die spanischen Juden vor die Wahl stellte, entweder ins Exil zu gehen oder zum Christentum zu konvertieren. Viele zogen es vor, Spanien zu verlassen.

schübe lagen insbesondere im zionistischen Gedanken begründet oder im Wunsch, unbehelligt gemäß der jüdischen Tradition zu leben. Die sogenannte „russische Massen-Alija“¹⁴ in den 1990er Jahren hatte schließlich mehr mit Familienzusammenführungen, Furcht vor Judenfeindschaft in den Herkunftsländern und der Hoffnung auf Verbesserung des Lebensstandards zu tun.

Eine weitere Gruppe, heute etwa Hunderttausend an der Zahl, prägt das vielgestaltige Judentum Israels: Nachdem 1975 die *Beita Israel*, die äthiopischen Juden, von den israelischen Rabbinern als afrikanische Glaubensgenossen anerkannt wurden, setzte sich die Regierung für deren Einwanderung in den jüdischen Staat ein. Mitte der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurden im Zuge der „Operation Moses“ und der geheimen Aktion „Salomo“ zehntausende Äthiopier eingeflogen. Die Anerkennung als Juden gilt seit 1998 auch für deren Landesgenossen, die unter Zwang zum Christentum konvertierten, den *Falaschmura*. Die Afrikaner brachten nicht nur ihre eigene Kultur nach Israel, sie unterschieden sich auch im Bildungsstand signifikant von der israelischen Bevölkerung – bis heute sind sie an den Universitäten unterrepräsentiert; die Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich hoch.

Die „jüdische Demokratie“

Bei aller religiösen Diversität darf keinesfalls vergessen werden: Fast die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels bezeichnet sich als säkular.¹⁵ Obwohl diese also mit Abstand die größte Gruppe innerhalb des Spektrums der religiösen Spielarten ausmachen, ist der Staat nach wie vor als „jüdisch-demokratischer Staat“ definiert.¹⁶ Die Definition des Jüdischen ist dabei nicht auf einen Nationsbegriff reduziert, sondern beinhaltet durchaus explizit religiöse Aspekte. Das beginnt bereits bei der Staatsflagge: Die Farbgebung symbolisiert den blau-weißen jüdischen Gebetsschal, der Davidstern steht für die Beziehung der Menschen zu Gott. Auch die Unabhängigkeitserklärung von 1948 verweist auf den religiösen Charakter des jüdischen Volkes; in ihr ist von der Bibel genauso die Rede

wie von den Visionen der Propheten. Israel ist von einer Trennung von Staat und Religion aber auch institutionell weit entfernt: Glaubensinstitutionen wie das Oberrabbinat oder die religiösen Räte fungieren als Staatsorgane.

Auch private Entscheidungen werden davon beeinflusst. Während die Religionsfreiheit in Israel trotz der jüdischen Dominanz geachtet wird, ist es für Atheisten und Agnostiker zuweilen kompliziert, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Es gibt in Israel beispielsweise keine Zivilehe – jeder heiratet nach den Richtlinien seiner jeweiligen Religion, was etliche Säkulare zwingt, im Ausland zu heiraten und die Ehe im Nachhinein zuhause anerkennen zu lassen.¹⁷ Sogar das Scheidungsrecht obliegt den religiösen Gemeinden.¹⁸

„Zweifellos kollidiert die ultra-orthodoxe Definition eines jüdischen Staates, in dem die *Halacha* (die göttliche Religionsgesetzgebung) das Staatsgesetz ist, mit der weltlich-liberalen Definition eines demokratischen Staates“¹⁹, schreibt Benjamin Neuberger, emeritierter Professor der Politikwissenschaft an der *Open University of Israel*. Zwischen einem demokratischen Staat und einem jüdischen Staat im national-zionistischen Sinne müsse es dagegen keine Kollision geben: Ein solcher sei „ein Staat des jüdischen Volkes, dessen Identität vor allem auf gemeinsamer Geschichte, auf Erinnerung der Verfolgungen in der Diaspora, auf einer gemeinsamen pluralistischen Kultur und auf der hebräischen Sprache beruht“. Man könne den jüdischen Staat auch, ganz im Sinne des Gründers der zionistischen Bewegung Theodor Herzl, schlicht demographisch definieren: als Staat mit einer jüdischen Mehrheit.

Als David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident des Landes, 1948 den jüdischen Staat ausrief, tat er dies vor einem überlebensgroßen Porträt Herzls, der als geistiger Gründervater heute in Israel verehrt wird. Tatsächlich widerspricht die israelische Realität den ursprünglichen Vorstellungen Herzls vom „Judenstaat“.²⁰ Insbesondere die Rolle der Religion sollte nach Meinung des assimilierten österreichischen Juden, der sich zu Weihnachten

14 Der hebräische Begriff *Alija* („Aufstieg“) bezeichnet in der Bibel die Rückkehr von Juden in das Heilige Land und wird seit der Entstehung der zionistischen Bewegung allgemein für die jüdische Einwanderung nach Palästina, seit 1948 nach Israel verwendet.

15 Offizielle israelische Statistiken ergeben, dass sich 42 Prozent der israelischen Juden als „säkular“ bezeichnen, 25 Prozent als „traditionell“, der Rest als „religiös“, also orthodox in der Glaubensauslegung. Vgl. Michael Hasin: Viele Wege führen nach Jerusalem, 16.07.2015, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/22789> [Stand: 20.06.2017].

16 Im Folgenden vgl. Neuberger (wie Anm. 12).

17 Das gilt auch für konservative und liberale Jüdinnen und Juden, deren Rabbiner ebenfalls keine gültigen Ehen schließen dürfen. Wer sich das Jawort nicht nach den orthodox-rabbinischen Gesetzen geben möchte oder einen nicht-jüdischen Partner wählt, fliegt in der Regel ins vierzig Flugminuten entfernte Zypern und füllt auf dem Standesamt unbürokratisch ein paar Dokumente aus. Für die Heiratswilligen werden von Tel Aviver Agenturen Pauschalreisen angeboten.

18 Im Folgenden vgl. Neuberger (wie Anm. 12).

19 Hier und im Folgenden ebd.

20 Theodor Herzl: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Berlin/Wien 1896.



David Ben Gurion proklamiert die Gründung des Staates Israel in Tel Aviv, 1948.
Foto: ullstein bild/TopFoto

einen Christbaum ins Wohnzimmer stellte und sich darüber wunderte, dass ein Rabbiner auf Besuch davon keinesfalls begeistert war,²¹ für das Selbstverständnis des Staates höchstens eine symbolische und vor allem Privatsache sein und keinesfalls die Staatsgeschichte beeinflussen.²²

Die herausgehobene Rolle der jüdischen Religion in Israel ist nicht nur ein Problem für Säkulare, sondern insbesondere auch für die arabische Minderheit von immerhin einem Fünftel der Bevölkerung, die darin eine Keimzelle von Diskriminierung sieht. Sie stoßen sich beispielsweise am sogenannten „Rückkehrrecht“, das das geltende Einwanderungsgesetz vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Ausgrenzungserfahrung der Diaspora-Juden und deren schrecklichem Kulminationspunkt, dem Holocaust, weltweit allen Juden in den Staat Israel gewährt, während den palästinensischen Flüchtlingen und ihren Nachkommen ein solches nicht eingeräumt wird. Traut man den Zahlen des Israelischen Demokratie-Instituts, das alljährlich einen Demokratie-Index erstellt, hat die gesellschaftliche Diskriminierung der arabischen

Israelis im Laufe der Zeit tatsächlich drastisch zugenommen: Eine satte Mehrheit der jüdischen Bevölkerung findet demnach, dass politische Entscheidungen in Sicherheitsfragen, aber auch im sozialen und ökonomischen Bereich besser von einer ausschließlich jüdischen Mehrheit getroffen werden sollten;²³ eine demokratische Bankrotterklärung. Mehr als die Hälfte der Befragten sprechen sich außerdem dafür aus, denjenigen das Wahlrecht zu entziehen, die nicht darin übereinstimmen, dass Israel der „Staat des jüdischen Volkes“ ist. Aus historischen Gründen ist dies die Grundlage der israelischen Verfassung, welche allerdings mehr als drei Viertel der arabischen Israelis infrage stellen. Die Angst vor einer arabischen Mehrheitsgesellschaft, die das Judentum in Israel am liebsten als kurzen Abschnitt im Geschichtsbuch sehen würde, ist groß. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Mehr als die Hälfte der jüdischen Israelis räumt in derselben Umfrage ein, dass die arabischen Staatsbürger in Israel diskriminiert werden; ein anderer, demokratischerer Umgang mit der tiefgreifenden Existenzangst erscheint vielen jedoch offenbar unmöglich.

21 Das irritierte Gesicht des Rabbiners kommentierte Herzl in seinem Tagebuch amüsiert mit den Worten „[M]einewegen soll's der Chanukabaum heißen – oder die Sonnenwende des Winters?“ Vgl. dazu die Episode bei Michael Brenner: Israel. Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates. Von Theodor Herzl bis heute, München 2016, S. 37 f.

22 Vgl. Brenner (wie Anm. 21), S. 61 ff.

23 Hier und die folgenden Zahlen vgl. Israeli Democracy Index 2016, S. 8 f. <https://en.idi.org.il/media/7839/democracy-index-2016-abs-eng.pdf> [Stand: 20.09.2017].



Die Klagemauer im Herzen der Jerusalemer Altstadt ist die zentrale Glaubensstätte des israelischen Staates. Jüdinnen und Juden schreiben Danksagungen oder Wünsche auf kleine Zettel und stecken sie in die Ritzen der Mauer.

Zweistaatenlösung versus Status Quo

Wer dieser Tage Israel besucht und die depressive Stimmung insbesondere in Jerusalem, wo die „Messer-Intifada“²⁴ kein Ende nimmt und die religiösen Befindlichkeiten immer wieder zu Aggressionen führen, zu spüren bekommt, ist fast gewillt, den zahlreichen Stimmen zu glauben, die sich, wie der eingangs zitierte Abgeordnete der Likud-Partei, von einer Zweistaatenlösung verabschiedet haben. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Zustimmung

dazu sowohl auf Seiten der Israelis als auch der Palästinenser auf einem Tiefpunkt ist.²⁵ Seit nunmehr fünfzig Jahren ist der jüdische Staat eine Besatzungsmacht und das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern scheint festgefahrener denn je. Das liegt nicht zuletzt in der Haltung des wichtigsten Vermittlers im Friedensprozess begründet. Die Unsicherheit über die zukünftige Ausrichtung der Nahost-Politik des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump lähmt. Auch nach dessen Reise in die Region, auf der sowohl Israelis als auch Palästinenser versuchten, das Beste für sich aus dessen außenpolitischer Indifferenz zu ziehen, steht keinesfalls fest, in welche Richtung sich die diplomatischen Bemühungen der Amerikaner entwickeln werden, konkrete Pläne bekam niemand zu hören. Solange der Kurs der Vereinigten Staa-

.....
24 Der Begriff „Intifada“ geht auf das arabische Verb für „sich erheben, abschütteln“ zurück und steht für die Aufstände der Palästinenser gegen Israel. Die erste Intifada, die oftmals verharmlosend als „Krieg der Steine“ betitelt wird, dauerte von 1987 bis 1991 und bezeichnet den zivilen Ungehorsam, der schließlich in palästinensischen Terror und Gewaltakten auf beiden Seiten eskalierte. Der zweite Aufstand, als *Al-Aqsa-Intifada* bekannt, begann im Jahr 2000 mit Protesten gegen den Besuch des von mehr als tausend Polizisten begleiteten israelischen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg. Wieder folgte eine massive Gewaltwelle – erst 2005 vereinbarte Palästinenserpräsident Abbas mit Scharon einen Waffenstillstand im ägyptischen *Sharm el-Sheikh*. Israelische Medien haben für die gehäuftten Angriffe auf Israelis seit Oktober 2015 den Begriff „Messer-Intifada“ geprägt. Vgl. beispielsweise Israel Harel: Netanyahu Is Helpless in the Face of Palestinian Solidarity, in: *Ha’Aretz*, 03.03.2016, <http://www.haaretz.com/opinion/premium-1.706666> [Stand: 20.09.2017].

.....
25 „Eine knappe und schrumpfende Mehrheit hält die Zwei-Staaten-Lösung für wünschenswert, eine ebenso knappe, aber wachsende Mehrheit der Israelis und der Palästinenser geht aber davon aus, dass angesichts der politischen Realität diese Zwei-Staaten-Lösung nie umgesetzt werden wird“, fasst das in Tel Aviv ansässige ARD-Korrespondentenbüro die jüngsten Umfragen zusammen. Vgl. Peter Kapern: Aus für Zwei-Staaten-Lösung? Israel denkt Zukunft neu, 15.02.2017, <https://www.tagesschau.de/ausland/nahost-239.html> [Stand: 20.09.2017].



Kinder von orthodoxen Juden in Jerusalem

ten hinsichtlich des Nahostkonflikts nicht klarer hervortritt, bleibt ein friedliches Nebeneinander-Existieren eines jüdischen und eines palästinensischen Staates mit hoher Wahrscheinlichkeit Utopie.

In erster Linie ist dieser Befund eine hoffnungslose Nicht-Perspektive, denn die Alternative zur Zweistaatenlösung ist nichts anderes als der Status Quo. Eine „Ein-Staat-zwei-Völker-Lösung“ nämlich, also eine Integration des palästinensischen Gebietes in den israelischen Staat, würde die Identität Israels als „jüdische Demokratie“ zwangsläufig zerstören, egal welche der Definitionen man heranzieht.²⁶ Israel müsste entweder den arabisch-palästinensischen Bürgern grundlegende politische Rechte vorenthalten – aus demokratischer Sicht schwer denkbar. Oder aber es verlöre seinen jüdischen Charakter nach und nach dadurch, dass die Mehrheit der wählenden Bevölkerung einer anderen Religion angehören würde. Daran könnten auch die ultraorthodoxen Juden mit ihrer hohen Geburtenrate nichts ändern. Ein Drittel der israelischen Kinder wachsen mittlerweile im ultraorthodoxen Milieu

26 Immer wieder wird zwar auch eine sogenannte „Dreistaatenlösung“ diskutiert – das Westjordanland würde ein Teil Jordaniens, der Gazastreifen ägyptisches Staatsgebiet. Da weder Kairo noch Amman Interesse an dieser Idee zeigen, ist sie jedoch kaum zu verwirklichen. Das Haschemitische Königshaus fürchtet eine Entmachtung durch die Palästinenser, die seit den Fluchtbewegungen infolge des Nahostkonflikts bereits ohnehin eine riesige Bevölkerungsgruppe im Reich stellen. Die säkulare ägyptische Militärdiktatur unter Sisi wiederum wird sich hüten, das Hamas-Problem zu importieren.

auf, bei Familienfeiern rollen nicht selten Busse an. Doch auch die Geburtenrate der Palästinenserinnen und der Araberinnen mit israelischem Pass ist hoch – ein gemeinsamer Staat würde langfristig die jüdisch-israelische Bevölkerung wahrscheinlich zu einer Minderheit machen.²⁷

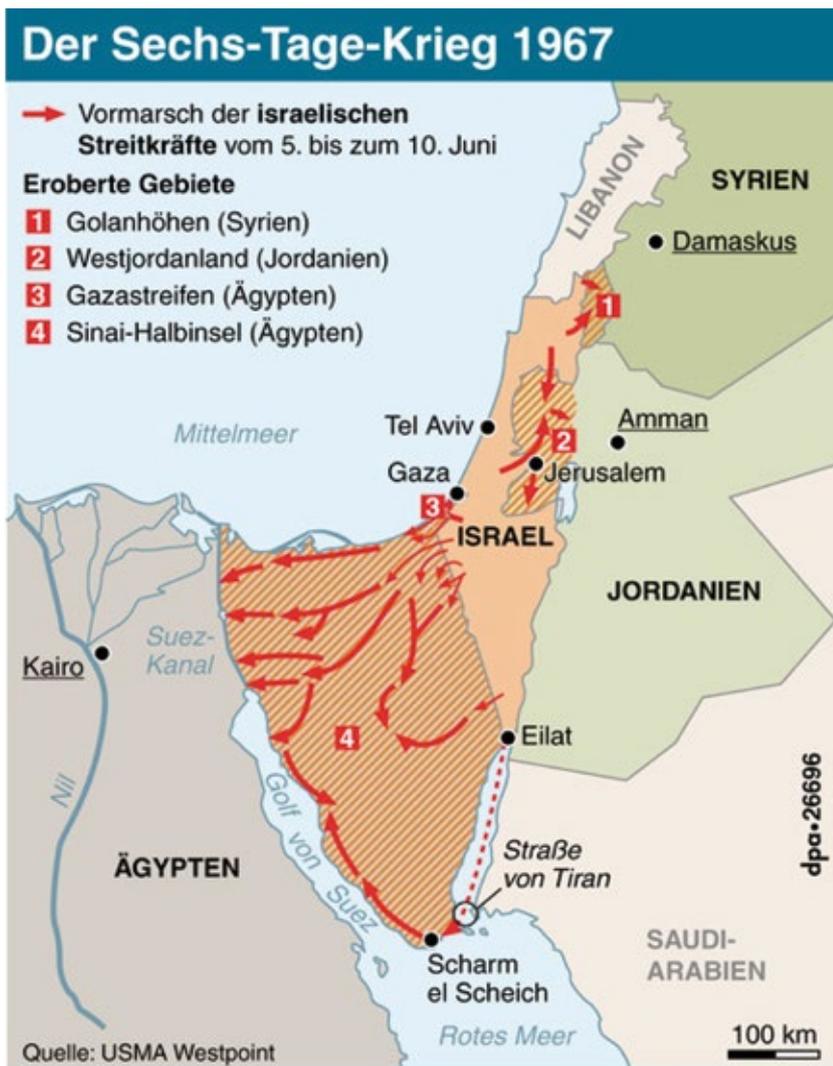
Wegen des Rechtsrucks der israelischen Regierung, die eine Aufgabe des Westjordanlandes aus militärisch-strategischen Gesichtspunkten für unmöglich hält²⁸, und weil die Alternative zur Zweistaatenlösung keine Alternative ist, wird die Besetzung des Palästinensergebietes vorerst bestehen bleiben. Zweieinhalb Generationen nun wurden in dieser „Situation“ sozialisiert; sie ist in ihrer Feindseligkeit und Brutalität auf beiden Seiten des Konflikts mittlerweile zur Normalität geworden. Geschaffen hat sie der „Sechstagekrieg“ von 1967, der von den Palästinensern „Juni-Krieg“ genannt wird – in diesem Jahr jährte sich das Ereignis zum fünfzigsten Mal. Für die Palästinenser bedeutete der Krieg eine Wiederauflage der *Nakba*, der „Katastrophe“, wie die Vertreibung der arabischen Bevölkerung im Jahre 1948 im Zuge der Staatsgründung Israels und der Kriegserklärung der arabischen Staaten genannt wird. Was der Triumph im Krieg von 1967 dagegen für die kollektiv traumatisierte Bevölkerung Israels bedeutete, lässt sich am besten an einem Ort begreifen, der einem das Blut in den Adern gefrieren lässt.

Trauma eines Volkes

Ein Felsen markiert den Eingang, auf ihm befinden sich mehrere weiße Stelen. Sie sind unterschiedlich hoch und doch haben sie etwas gemeinsam: Sie sind abgebrochen. Es ist das vielleicht anrührendste Mahnmal der Welt: Das „Denkmal für die Kinder“ auf dem Gelände der nationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem erinnert an die ein- einhalb Millionen Kinder und Jugendliche, die der *Shoah*, zum Opfer gefallen sind. Betritt man die Halle unterhalb des Felsens, ist es zunächst so dunkel, dass man die eigene Hand vor Augen nicht sieht. Der Besucher muss sich an einem Geländer festhalten, das durch das Denkmal führt. Er nimmt nach und nach eine leise, dunkle Stimme wahr und ein spärliches, flackerndes Licht. Nur fünf Kerzen brennen im Hauptraum, doch werden sie millionenfach reflektiert, denn der Raum ist komplett verspiegelt. Die Stimme liest alle bekannten Namen der Ermordeten,

27 Die genauen Zahlen vgl. das World Factbook der CIA (wie Anm. 3 und 10).

28 Das Westjordanland dient Israel gewissermaßen als Puffergebiet zu den arabischen Nachbarn: Die Verteidigungsfähigkeit im möglichen Kriegsfall würde sich zwangsläufig verschlechtern, wenn die Grenzen der israelischen Militärkontrolle näher an das eigene Staatsgebiet heranrücken.



Im Sechstagekrieg 1967 behauptete sich Israel gegen eine ägyptisch geführte Allianz seiner arabischen Nachbarn.
Quelle: picture-alliance/ dpa-infografik

denen das Denkmal gewidmet ist. Drei Monate braucht das Tonband, das hier in Endlosschleife läuft, um jeden Namen einmal genannt zu haben.

In Yad Vashem wird erfahrbar: Israel war und ist ein kollektiv traumatisiertes Land. Die schreckliche Erfahrung der Shoah, die ein großer Teil der israelischen Familien in sich trägt und an die nachfolgenden Generationen vererbt, ist genuiner Bestandteil der Identität des jüdischen Staates. Doch nicht alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger teilen diese Erfahrung: Die orientalischen Juden fühlen sich als Glaubensgenossen oftmals dennoch verbunden, den arabischen Israelis, die meisten von ihnen Muslime, ist dieses Gefühl fremd. Viele von ihnen sehen die Shoah als furchtbares historisches Ereignis, das mit ihnen selbst jedoch nichts zu tun hat – es ist nicht ihre Geschichte. Sie haben ihre eigenen Narrative und viele identifizieren sich eher

mit den Arabern in Palästina als mit dem eigenen Staat.²⁹ Nicht wenige leugnen den Holocaust oder aber versuchen den Hass auf die Juden in Europa diesen selbst zuzuschreiben. Aus diesem Grund sind die arabischen Israelis mit Ausnahme der Drusen und der Tscherkessen von der Wehrpflicht befreit: Die Verteidigung des israelischen Volkes, das „Nie wieder!“ als Lehre aus der Geschichte wird als Bürgerpflicht derer gesehen, die diese Identität teilen. Die Bedrohung von außen haben die meisten Israelis verinnerlicht, und es bleibt festzuhalten: Das iranische Säbelrasseln mit seiner Vernichtungsrhetorik gegen den jüdischen Staat hört sich vor dem Hintergrund der Shoah in jüdischen Ohren anders an als in nicht-jüdischen.

²⁹ Nur 39 Prozent der arabischen Israelis fühlen sich einer Umfrage zufolge als Teil des israelischen Staates und seiner Probleme. Vgl. Israeli Democracy Index 2016 (wie Anm. 23), S. 3.



Die „Halle der Namen“ in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem
Foto: sz-photo/Fotograf: Sepp Spiegl

Israel teilt sich den Status des unbeliebtesten Landes der Welt unter anderem mit seinem Erzfeind Iran.³⁰ Sieben Jahrzehnte nach dem Holocaust ist das Land der Opfer von vielen Staaten geächtet. Ein Paradox: Deutschland, das Land der Täter, führt die Liste der beliebtesten Staaten weltweit an.³¹ Der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem gehört auf Reisen von Deutschen zum Standardprogramm. Für viele ist es das erste Mal, dass sie eine Holocaust-Gedenkstätte außerhalb ihrer Heimat besuchen und diese Erfahrung ist prägend: Die Ausstellung in Yad Vashem ist auf Hebräisch und Englisch, doch immer wieder finden sich deutsche Worte. Quellen, die es im fremdsprachigen Umfeld vielleicht stärker verdeutlichen als irgendwo sonst: Die Geschichte der Shoah ist eine deutsch-jüdische.

30 Vgl. Brenner (wie Anm. 21), S. 11.

31 Vgl. die internationale Umfrage der BBC unter weltweit 26.000 Menschen: BBC Poll: Germany Most Popular Country in the World, 23.05.2013, <http://www.bbc.com/news/world-europe-22624104> [Stand: 20.09.2017].

Gleichzeitig wird sie von vielen Israelis universal gedeutet, als eine Mahnung an die ganze Welt. Deutschen wird heute im jüdischen Staat mitnichten feindselig begegnet.

Eine Gruppe greiser Menschen, begleitet von jungen Leuten, wird durch die Ausstellung geführt. Es handelt sich um Überlebende der Shoah, die zusammen mit den Nachkommen der „Gerechten unter den Völkern“ die Gedenkstätte besuchen. So werden in Israel Menschen genannt, die nachgewiesenermaßen Jüdinnen und Juden vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Sicherheit brachten. Sie kommen an einer jungen deutschen Besuchergruppe vorbei: „Hör mal, die sprechen Deutsch“, sagt einer der Überlebenden auf Hebräisch. Ein mulmiges Gefühl macht sich breit. Es sei doch großartig, dass junge Deutsche sich mit dem Holocaust auseinandersetzen, sagt der Mann, lächelt und geht.

Deutsche staunen nicht selten über den Umgang der Israelis mit ihrer leidvollen Geschichte. Eine ähnliche Szene spielt sich im Norden Israels ab, in einem *Kibbuz* („Gemeinschaft“) namens Mizra. Kibbuzim sind Sied-



Die sogenannte „Säule der Mutigen“

lungen, die auf gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen basieren und bereits lange vor der israelischen Staatsgründung von Juden in Palästina gegründet wurden. Der Kibbuz Mizra hat es im Land zu einiger Berühmtheit gebracht: Die Bewohnerinnen und Bewohner produzieren Schweinefleisch, womit sie sich in religiösen Kreisen keine Freunde machen. Ein Gesetz von 1962 verbietet die Schweinezucht in jüdischen und muslimischen Ortschaften; nur christliche sind davon ausgenommen. 1990 wurde das Gesetz erweitert: Seither ist auch der Verkauf von Schweinefleisch verboten, was

allerdings in den wenigsten Stadtteilen und Ortschaften befolgt wird.³² Die Leute aus Mizra leben sogar davon. Hier, in einer Hochburg der Säkularen, sitzt ein Kibbuznik – so werden die Mitglieder der Gemeinschaft genannt – in seiner Wohnung, die ihm nicht gehört und die er nie vererben wird, und erklärt das System: Alle Kibbuzniks verdienen für ihre Arbeit dasselbe; es macht keinen Unterschied, welche Arbeit man verrichtet, nur der Gemeinschaft soll sie dienen. Jeder bekommt so viel er braucht, die Mahlzeiten werden in einem kantinenähnlichen Gebäude meist zusammen eingenommen. Um die Alten und Kranken kümmert sich die ganze Gemeinschaft – hier stirbt niemand allein.

Zwei Stunden schwärmt der charismatische Mann, dessen Augen immerzu lächeln, bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen vom Kibbuz-System, einer einzigartigen Einrichtung, die vielen als real existierender Kommunismus auf freiwilliger Basis gilt. Nach dem Interview, es war doch nur eine letzte, kleine Frage, bedrücktes Schweigen auf Seiten der deutschen Journalistin: Sein Alter wisse er nicht, sagt der Mann. Er habe als Kind die Shoah überlebt, seine ganze Familie sei in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern ums Leben gekommen. Alle Dokumente seien verloren gegangen, deshalb könne er die Frage leider nicht eindeutig beantworten. Er lächelt entschuldigend.

Die jüdischen Siedler

Begegnungen dieser Art sind in Israel keine Seltenheit. Das Wenigste ist so, wie es zunächst scheint und meist ist ein zweiter, ein dritter Blick mehr als lohnend. Das gilt auch für die jüdische Siedlerbewegung. Die Bilder der Steine werfenden Kinder, die junge Palästinenser schikanieren, sind medial durchaus präsent. Und sie sind real. Doch auch unter den Siedlern trifft man auf Menschen, die mitnichten die Erwartung erfüllen, die man als europäischer Besucher mitbringt. Einer von ihnen ist ein Mann Anfang vierzig. Vor einer international zusammengewürfelten Gruppe von Politik- und Geschichtsstudenten, Dozenten und Vertretern des mittleren politischen Beamtenapparats, die eine Summer School zum Nahostkonflikt absolviert, soll er Einblick in das Leben der Siedler geben.

Der Mann, der mit seiner Familie im Westjordanland lebt, ist fröhlich und wirkt aufgeschlossen. Er beginnt, seinen Wein anzupreisen, den er selbst herstellt. Er hat einige Flaschen mitgebracht. Die Veranstaltung entwickelt sich zu einem lebendigen Vortrag über israelische Winzer und

.....

32 Vgl. Neuberger (wie Anm. 12).



Blick vom Ölberg auf das Westjordanland mit der von Israel errichteten Grenzmauer
Foto: Picture alliance/dpa

deren Produkte. Nach geraumer Zeit unterbricht einer der Zuhörer den Mann ungeduldig – er würde gerne mehr über die politische Situation, über den Konflikt und die Rolle der Siedlungen erfahren. Der jüdische Winzer aus dem Westjordanland bemerkt zunächst, er verstehe die Frage nicht. Dann spricht er über das gute Verhältnis zu seinen palästinensischen Nachbarn und wie er sich gemeinsam mit seiner Frau vor Jahren in die Landschaft verliebt habe, weshalb die beiden entschieden hätten, ins Westjordanland zu ziehen. Es sei doch in Europa auch kein Problem, den Wohnort zu wechseln. Der Konflikt interessiere ihn nicht, denn er habe nichts damit zu tun. Die politische Dimension seines Handelns ignoriert der Mann.

Eine ganz ähnliche Situation zeigt die vielleicht meist diskutierte deutsche Dokumentation des Jahres, die im

Juni 2017 für Schlagzeilen sorgte.³³ Wer sich den ein- einhalbstündigen Film ansieht, erfährt von einer Fabrik namens *Lipski Plastic* in der jüdischen Siedlung Ariel im Westjordanland, in der alle 90 Angestellten, auch die 50 palästinensischen, gleiche Rechte genießen. „Hergestellt wird vom Papierkorb bis zum Klodeckel alles“, beschreibt der Sprecher die Firma. „In dreißig Arbeitsjahren mit Israelis ist mir nie etwas Schlechtes widerfahren“, sagt

.....

33 Die Filmemacher erhielten vom *Westdeutschen Rundfunk* und *ARTE* den Auftrag, über den Antisemitismus in Europa zu berichten. Sie erstellten eine Dokumentation namens „Auserwählt und ausgegrenzt“, die überwiegend im Nahen Osten spielt. Der ARTE-Programmchef weigerte sich, den Film zu zeigen – es sei nicht das geliefert worden, was man in Auftrag gegeben habe. Eine erbitterte Zensur-Debatte entbrannte in den deutschen Medien. Die *BILD*-Zeitung stellte das Material 24 Stunden auf ihre Homepage, mittlerweile wurde der Film, mit Kommentaren versehen, gesendet. Vgl. Pressestatement zur Dokumentation „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“, 13.06.2017, <http://www.presseportal.de/pm/9021/3658895> [Stand: 20.09.2017].



Im muslimischen Viertel Jerusalems befinden sich auch jüdische Siedlungen, die oftmals anhand der Flaggen zu erkennen sind.

ein palästinensischer Mitarbeiter im Interview. Yehuda Cohen, der israelische Geschäftsführer, der in der Siedlung lebt, sagt über seine palästinensischen Angestellten: „Sie alle wissen, wie kompliziert die Situation ist, aber hier in der Firma spüren wir keine Spannungen. Wir wissen immer, wie wir miteinander reden und wie wir uns gegenseitig akzeptieren, respektieren und damit leben. Ja, wir haben Probleme um uns herum, aber dies ist eine Insel der Normalität.“

Die Arbeitslosigkeit im Westjordanland ist hoch, und in der Tat finden nicht wenige Palästinenserinnen und Palästinenser Arbeit in jüdischen Firmen und sind froh darüber. Doch dies ist nur die eine Seite. Es gilt auch, die hässliche Seite der israelischen Besatzung zu zeigen. Ganz anders als die Siedler aus dem Westjordanland spricht beispielsweise Hesh Rabinowitz, ein Lehrer der Schule *Sh'ar HaNegev*, direkt an der Grenze zum Gazastreifen bei der Stadt Sderot. „Anstelle der Palästinenser würde ich Israel auch hassen“, sagt der Mann, der sich politisch als „weit links“ bezeichnet, was in Israel einzig und allein auf die Haltung im Konflikt mit den Palästinensern abzielt.

„Jeder hasst seinen Besitzer“, schiebt er hinterher. Die Folgen des Hasses erlebt er direkt. Rabinowitz ist davon überzeugt, dass die meisten seiner Schüler posttraumatische Belastungsstörungen haben: Immer wieder treffen Qassam-Raketen aus Gaza die Gegend, auch sein Klassenzimmer hat es schon getroffen. Damals hätten sie es erst gar nicht bemerkt, doch die technische Entwicklung mache nicht Halt. Gegen die *Hamas*-Raketen von 2017 könnten die Sicherheitsräume, die für jedes Haus in der Region gesetzlich vorgeschrieben sind und deren Fenster nicht brechen sollen, keinen Schutz bieten.

„Man kann die Palästinenser nicht auf den Mond schießen“, sagt er – Rabinowitz ist einer von denen, die noch an die Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 glauben.



Von Sderot aus ist Gaza fast zum Greifen nahe. Nur wenige Kilometer Luftlinie trennen hier Israel von dem Hamas-regierten Streifen.

Die Kritik des Lehrers macht vor kaum etwas Halt, er selbst bezeichnet sich als „smarten Pazifisten“. Damit meint er, dass er Kriege ablehnt, manche aber aus humanitären Gründen notwendig sind. In Syrien beispielsweise müsse man militärisch vorgehen.

Das Schweigen brechen

Was Hesh Rabinowitz im Kleinen tut, machen die kritische israelische Tageszeitung *Ha'aretz* und Menschenrechtsorganisationen wie *Breaking the Silence* und *B'Tselem* im Großen: Während der Lehrer mit Delegationen aus aller Welt spricht, die an der Grenzregion zu Gaza interessiert sind, und dabei kein Blatt vor den Mund nimmt, dringen die anderen mit ihrer Botschaft gezielt in die Öffentlichkeit – und zwar insbesondere in die nicht-israelische. Sie alle sind entschiedene Gegner der Besatzung und kommunizieren dies deutlich, was international enorme Beachtung findet. Aus diesem Grund sind sie Teilen der israelischen Gesellschaft geradezu verhasst, sie gelten ihnen als Nestbeschmutzer. Noch mehr Israelis sind der Ansicht, dass die Kritik – und sei sie noch so berechtigt – besser innerhalb des Landes geäußert und nicht nach außen kommuniziert werden sollte, da sie auf diese Weise die israelischen Adressaten verlöre. Der hebräische Diskurs über die Besatzung sei richtig und wichtig, ihn auf Englisch ins Ausland zu transferieren, führe zu einer Dämonisierung des jüdischen Staates vor den Augen der Welt. 71 Prozent der jüdischen Israelis sind davon überzeugt, dass Menschenrechtsorganisationen wie *B'Tselem* dem Staat schaden.³⁴

Diese israelische Diskussion sollte vor dem Hintergrund des diplomatischen Eklats zumindest reflektiert werden, den der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel auslöste, als er ankündigte, sich während seines Staatsbesuchs auch mit Vertretern der Menschenrechtsorganisationen *B'Tselem* und *Breaking the Silence* zu treffen – auch wenn man davon überzeugt ist, dass es sich keineswegs um antiisraelische Organisationen handele. Netanyahu kündigte an, ein Treffen mit Gabriel platzen zu lassen – der ließ es darauf ankommen und wird den israelischen Premier nun ein anderes Mal treffen müssen.

Doch wer steckt hinter den Organisationen, die nun in aller Munde sind? *Breaking the Silence* wurde vor 13 Jahren im Zuge der zweiten Intifada³⁵ von Wehrpflichtigen und Reservisten gegründet, die die israelische Besat-

zung beendet sehen wollen, entsprechend dem Namen, das Schweigen brechen und die eigene Bevölkerung auf Missstände in Gaza, Ostjerusalem und dem Westjordanland aufmerksam machen wollen. Die Organisation veröffentlicht anonyme Berichte von Soldatinnen und Soldaten, die ihren Dienst in den palästinensischen Gebieten leisten, und bietet Führungen durch das von Siedlern und Palästinensern umkämpfte Hebron an.

Finanziert wird *Breaking the Silence* von privaten Spendern und staatlichen ausländischen Stiftungen. Dasselbe gilt für *B'Tselem*, der Menschenrechtsorganisation, die bereits während der ersten Intifada³⁶ gegründet wurde und die zuletzt den Fall Elor Azaria ins Rollen brachte. Namhafte israelische Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossman unterstützen die Arbeit der Aktivisten, die auch mit Videos und Fotos von Palästinensern arbeiten. Der rechtsgerichteten israelischen Regierung kann dies kaum gefallen. Bereits vor einem Jahr brachte sie das sogenannte „Transparenzgesetz“ durch die Knesset. Seither müssen israelische Nichtregierungsorganisationen, die mehr als die Hälfte ihres Geldes von ausländischen Regierungen erhalten, dies entsprechend angeben – in den Veröffentlichungen genauso wie persönlich: In der Knesset müssen sie spezielle Schilder an der Kleidung tragen. Die damit hergestellte Transparenz ist jedoch reichlich einseitig, da private Spenden im Gesetz nicht erwähnt werden. Auch rechtsgerichtete Organisationen in Israel finanzieren sich nicht selten über Geld aus dem Ausland, allerdings aus privaten Kassen.

Auch die linksliberale *Ha'aretz* – die Tageszeitung, die im Ausland vielleicht am stärksten aus der israelischen Medienlandschaft wahrgenommen wird –, hat mit der eigenen Gesellschaft zu kämpfen. Im jüdischen Staat wird sie nämlich kaum gelesen und auch ihr gegenüber wird der Vorwurf der Nestbeschmutzung erhoben. Dass sie darüber hinaus auch mit palästinensischen Journalistinnen und Journalisten zusammenarbeitet, wird nicht völlig grundlos kritisch gesehen – wie sollten sich deren Berichte auch redaktionell verifizieren lassen? Die *Ha'aretz* hatte mit Abeer Ayyoub eine ganze Weile sogar eine Korrespondentin im von der *Hamas* kontrollierten Gaza-Streifen,³⁷ in den kein noch so kühner israelischer Journalist sich freiwillig begibt.

Die Start-up-Blase

Ein Kontrastprogramm zu den kritischen Stimmen Israels liefert die Metropole Tel Aviv mit ihrer zur Schau gestell-

34 Vgl. Israeli Democracy Index (wie Anm. 23), S. 10.

35 Vgl. Anm. 24.

36 Vgl. ebd.

37 Vgl. dazu auch Milz (wie Anm. 3), S. 5 f.



Tel Aviv: Die Hauptstadt Israels befindet sich durch ihre Distanz zu den Palästinensergebieten relativ sicher, was sie zu einem beliebtem Ort für Strandurlaub und Investitionen macht.

Foto: ullsteinbild-Fotograf: Sepp Spiegl

ten Gleichgültigkeit gegenüber den schweren Themen des Nahen Ostens: Hier scheinen Sex, Drogen und Electro-Beats zu herrschen – es ist das in eine Stadt gegossene Feindbild eines jeden Fundamentalisten. Die Straßen sind nachts noch belebter als tagsüber, die Clubs brechend voll. Wer sich nicht am Strand vergnügt, sitzt mit seinen Kumpels von der Uni im klimatisierten Café und grübelt bei einem Latte Macchiato über der neuesten Geschäftsidee. Natürlich ist diese Beschreibung eine Karikatur, die kaum jemandem in der pulsierenden Stadt gerecht wird. Doch sie trifft einen wahren Kern: „Ich könnte dort niemals leben“, sagt der Lehrer Rabinowitz aus Sderot schlicht. Mit der Start-up-Mentalität der Stadt, die er vor dem Hintergrund des Konflikts, mit dem er sich jeden Tag auseinandersetzen muss, als oberflächlich empfindet, kann er nichts anfangen.

Tel Aviv wird oftmals als Blase beschrieben, ein unbeschwerter Vorposten des Westens im Nahen Osten. Alles ist möglich in Zeiten des Internets, man muss es nur ausreichend wollen und genug dafür tun. Dass den unbegrenzten Möglichkeiten in Tel Aviv auch etliche Probleme im ganzen Land und darum herum gegenüberstehen – schier unerträgliche Situationen wie die der Schüler in

Sderot zum Beispiel, die der Palästinenser in Gaza, die der Menschen in Jerusalem, die sich vor Messerattacken fürchten – hört man in der Metropole nicht gerne. Dass jemand wegen des Nahostkonflikts auf die Straße geht, ist eher selten – die Frauen von *Women Wage Peace* beispielsweise, die laut eine politische Lösung des Konflikts einfordern,³⁸ sie fallen sofort ins Auge, irgendwie passen sie nicht ins Straßenbild. Nicht selten sind Gespräche, die diese Themen ansprechen, rasch beendet. Am Strand sei heute eine stumme Demonstration der veganen Szene, antwortet eine junge Israelin auf die Frage, ob sie sich politisch engagiert. Man könne doch auch über die geniale Start-up-Szene der Stadt sprechen, schlägt ein anderer vor.

Am besten geht man persönlich hin: Das „*State of Mind Innovation Center*“ im Herzen Tel Avivs öffnete im Sommer 2016. Eine Ausstellung zeigt die Errungenschaften der israelischen Unternehmer: die innovativsten Start-ups und Apps, den Beitrag des Landes zu neuen Technologien

.....
 38 Vgl. die Homepage der Bewegung mit 20.000 registrierten Mitgliedern: <http://womenwagepeace.org.il/en/> [Stand: 20.09.2017].



Ein Mitglied der Bewegung „Woman Wage Peace“ demonstriert in Tel Aviv für eine politische Lösung des Konflikts.

in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin, Transportwesen. In Videos und großformatigen Bildern, auf Bildschirmen und Leinwänden ist man hier von gut aussehenden jungen Menschen umgeben, die sich an ihrem Leben freuen. Das Zentrum, ein Werbeportal für die israelische Wirtschaft, das auch als Treffpunkt für Jungunternehmer und solche, die es werden wollen, fungiert, gehört zur Organisation „*Taglit Birthright Israel*“, die im Jahr 2000 als Start-up-Projekt gegründet wurde. Die Macher hatten damals die Idee, dass jeder jüdische Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren das Recht dazu habe, einmal in seinem Leben den jüdischen Staat zu besuchen. Das Projekt ermöglicht kostenlose Studienreisen als Geschenk an junge Jüdinnen und Juden in der ganzen Welt – eine halbe Million Menschen haben bereits an dem Programm teilgenommen. Einige bleiben ganz. In Tel Aviv trifft man auf etliche junge Leute, die zum Beispiel in den Vereinigten Staaten aufgewachsen sind und ihr Glück nun im Nahen Osten suchen.

Was Israel sich mit Tel Aviv erschaffen hat, ist in der Tat eine mittelgroße Sensation: Erst 1948 rief David Ben Gurion hier den Staat Israel aus. Theodor Herzl hatte es 1897 nach dem ersten zionistischen Kongress in der Schweiz angekündigt: „[I]n Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sage, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jah-

ren, jedenfalls in fünfzig wird es Jeder [sic!] einsehen.“³⁹ Herzl hatte sich um ein knappes Jahr verschätzt. Dass der noch so junge Staat heute als Vorreiter in der Spitzentechnologie gilt, hätte sich auch der Gründervater nur schwer vorstellen können. Im sogenannten „*Silicon Wadi*“ um Tel Aviv schießen die Start-ups wie Pilze aus dem Boden und dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass kein Land der Welt mehr Geld pro Kopf in Forschung und Entwicklung investiert als der kleine Staat am Mittelmeer.

Quantitativ betrachtet ist Israel eine moderne Dienstleistungsgesellschaft, doch auch die anderen Wirtschaftssektoren können sich sehen lassen:⁴⁰ Obwohl die natürlichen Bedingungen für die israelische Wirtschaft eher ungünstig sind – das Land verfügt über keine nennenswerten Rohstoffe, es herrscht akuter Wassermangel, die Bodenverhältnisse sind schlecht – verfügt Israel über ein international konkurrenzfähiges Industriepotential, eine funktionierende Infrastruktur und eine moderne Landwirtschaft.

Die „Eindringlinge“

Doch die ökonomische Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten: Während die Arbeitslosigkeit mit fünf Prozent relativ gering ist,⁴¹ ist die Zahl der „*working poor*“, also derer, die trotz einer Arbeitsstelle unter der Armutsgrenze leben, erschreckend hoch. Insgesamt gilt mehr als ein Fünftel der israelischen Bevölkerung als arm,⁴² besonders schwierig ist die Situation für den Nachwuchs des Landes – nach einem UNICEF-Bericht wachsen 27,5 Prozent der Kinder in Armut auf.⁴³ Dies betrifft insbesondere die ultraorthodoxen Juden und die arabische Minderheit, aber auch für säkulare Israelis hat sich die Situation in den vergangenen Jahrzehnten zugespitzt. Bis zu einer halben Million Menschen demonstrierten aus diesem Grund im Sommer 2011, vor allem in Tel Aviv. Die exorbitanten Lebenshaltungskosten in der Stadt, eine unzureichende soziale Absicherung und ungerechte Löhne führten zu den größten Sozialprotesten in der Geschichte des jungen Staates – die Situation hat sich seither kaum geändert.

39 Zit. nach Brenner (wie Anm. 21), S. 45.

40 Hier und im Folgenden vgl. Sabine Hoffmann: *Wirtschaft Israels* in: Dossier Israel, 28.03.2008, <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45097/wirtschaft> [Stand: 20.09.2017].

41 Vgl. CIA World Factbook (wie Anm. 10).

42 Vgl. ebd.

43 Zum Vergleich: Für Deutschland stellte dieselbe Studie eine Kinderarmutsquote von 7,2 Prozent fest. Vgl. UNICEF Innocenti Report Card 13: *Fairness for Children. A League Table of Inequality in Child Well-Being in Rich Countries*, April 2016, S. 4, https://www.unicef-irc.org/publications/pdf/RC13_eng.pdf [Stand: 20.09.2017].

Eine israelische Bevölkerungsgruppe, die in der Debatte um soziale Gerechtigkeit oftmals vergessen wird, findet man ebenfalls in Tel Aviv, insbesondere im Süden der Stadt, in den Vierteln Neve Scha'an an und Ha'tikva. Es handelt sich um Asylsuchende; die meisten von ihnen stammen aus den afrikanischen Ländern Eritrea und Sudan, rund 45.000 sind es mittlerweile. Während in Deutschland die Gesamtschutzquote beispielsweise der Asylsuchenden aus Eritrea derzeit bei mehr als zwei Dritteln der Bewerber liegt,⁴⁴ gehen die Erfolgsquoten im Asylverfahren für Sudanesen und Eritreer in Israel gegen Null – abgeschoben werden sie aber nicht. Arbeiten dürfen die Betroffenen weder während des laufenden Asylverfahrens, das sich in der Regel über Jahre hinzieht, noch nachdem sie abgelehnt wurden. Im besten Fall arbeiten sie schwarz, nicht wenige rutschen in die Kriminalität ab. Der zentrale Busbahnhof in Neve Scha'an an gilt vielen nachts als No-Go-Area, obwohl die nächste Polizeistation gleich um die Ecke ist. Die Finn-Straße in der Nähe ist berüchtigt für Drogen und Prostitution. „Hier nachts herumzulaufen ist nicht notwendigerweise gefährlich, aber du wirst dich sehr unwohl fühlen“, sagt Heela Harel.

Die freiberufliche Grafikdesignerin gehört zu CTLV, einer Gruppe von Unternehmern, Aktivisten, Künstlern und Journalisten, die alternative Touren durch Tel Aviv anbietet. Sie gehen an Orte, die Touristen normalerweise nicht gezeigt werden. Harel erklärt das Viertel Neve Scha'an an, das in den 1920er Jahren von Juden aus Jaffa, das heute ebenfalls ein Stadtteil Tel Avivs ist, besiedelt worden war. 98 Prozent der Menschen, die heute hier leben, sind weder Juden, noch haben sie die israelische Staatsangehörigkeit: Es handelt sich um afrikanische Asylsuchende und Arbeitsmigranten von den Philippinen, aus Thailand und China. Bürgerschaftliches Engagement habe die Verantwortung für die Menschen übernommen, während sich der Staat heraushält, sagt Harel. Ein Beispiel ist die Levinsky-Bibliothek, ein offenes Haus mit Büchern in 18 unterschiedlichen Sprachen, das mittlerweile zum Treffpunkt für Leute aus der Nachbarschaft geworden ist; es werden Aktivitäten für Kinder organisiert. Der Dialog zwischen den unterschiedlichen Migrantengruppen soll dabei helfen, eine Gemeinschaft zu schaffen.

„Viele Israelis nennen Asylsuchende ‚Eindringlinge‘“, sagt Harel. Mittlerweile hat sich die Bezeichnung auch in der offiziellen Sprache durchgesetzt: Das „Gesetz gegen das Eindringen“ ermöglichte 2012 die Errichtung eines neuen Gefängnisses für Asylsuchende namens Holot in der Wüste Negev; auf illegale Einreise nach Israel sind mindestens drei Jahre Haft vorgesehen.⁴⁵ Die Betroffenen werden vor die Wahl gestellt: Entweder Haft in Holot oder eine Finanzspritze und die freiwillige Ausreise nach Uganda oder Ruanda. Tausende verlassen Israel nach diesem Angebot. „Es ist mir wirklich peinlich, das zu sagen, aber die israelische Politik denkt, dass eine Gruppe nicht-jüdischer Asylsuchender das Land aus dem Gleichgewicht bringt. Wenn man die Asylsuchenden ausbilden würde, anstatt Arbeitsmigranten ins Land zu holen, wäre schon viel gewonnen“, sagt Heela Harel.

Ein Staat wie jeder andere?

Sie sagt auch: „Ich denke, dass man eine internationale Abmachung respektieren sollte, wenn man sie unterschrieben hat.“ Sie spricht damit einen wunden Punkt an. Bereits in der Unabhängigkeitserklärung des jüdischen Staates von 1948 ist formuliert: „Es ist das natürliche Recht des jüdischen Volkes, ein Leben wie jedes andere Volk in einem eigenen souveränen Staat zu führen.“ Zum Ausdruck kommt hier der Wunsch nach Normalität. Gleichzeitig ist Israel „aus der Idee heraus geboren, anders zu sein und ein Vorbild für den Rest der Welt darzustellen“,⁴⁶ schreibt der Münchner Historiker und Israel-Experte Michael Brenner. Ein Vorbild, die einzige Demokratie im Nahen Osten, wie oftmals betont wird, muss es sich zuweilen gefallen lassen, dass seine eigenen Bürger, die es lieben, aber auch die Teile des Auslands, die es schätzen und seine Existenz nicht infrage stellen, durchaus hinsehen, wenn es um geteilte Werte geht. Dabei sollten für Israel keine engeren Maßstäbe gelten als für andere Staaten. ■

44 Vgl. den Asylgeschäftsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), August 2017, S. 7, http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201708-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile [Stand: 20.09.2017].

45 Vgl. den Bericht der Hilfsorganisation *medico international*: In die Wüste geschickt. Israel: Repressionen gegen afrikanische Flüchtlinge verschärft, 28.04.2014, <https://www.medico.de/in-die-wueste-geschickt-14745/> [Stand: 20.09.2017].

46 Brenner (wie Anm. 21), S. 8.